NEWSLETTER JANUAR 2023

BERND RÜTZEL

Mitglied des Deutschen Bundestages

Vorsitzender des Ausschusses für Arbeit und Soziales

Wahlkreis: Main-Spessart/Miltenberg

Betreuungswahlkreis: Aschaffenburg

WAHLKREISBÜRO GEMÜNDEN

Obertorstraße 13

97737 Gemünden

Tel. 09351 6036563

Fax 09351 6058298

bernd.ruetzel.mdb@bundestag.de

BÜRO BERLIN

Deutscher Bundestag

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Tel. 030 227 73434

Fax 030 227 76433

bernd.ruetzel@bundestag.de

MIT NUR EINEM KLICK:

LIEBE LESERIN, LIEBER LESER,

in wenigen Tagen geht ein sehr angespanntes Jahr zu Ende. Die größten Herausforderungen hatten und haben die Menschen in der Ukraine. Sie verloren liebe Menschen, Ihre Heimat, das Dach über dem Kopf und alles, was zu einem geregelten Leben gehört. Ihr Land wurde von Putin angegriffen und damit hat er unsere Werte angegriffen. Auch wir bleiben nicht verschont, die ganze Welt bleibt nicht verschont. Es gilt unsere ganze Solidarität mit der Ukraine. Durch Unterstützungslieferungen in die Ukraine und durch die Aufnahme von über 1 Mio. Geflüchteten, die wir in Deutschland aufgenommen haben. Das hat besser geklappt als 2015. Ich danke unserer Innenministerin Nancy Feaser und ganz besonders den Kommunen, die das umsetzen mussten. Unser Bundeskanzler Olaf Scholz und die ganze Bundesregierung lassen nichts unversucht, Schaden von unserem Land abzuwenden. Die Versorgung mit Energie und deren Bezahlbarkeit stehen ganz oben. Der Arbeitsmarkt ist robust und stabil. Die große und schwere Herausforderung für unser Land kann aber auch eine große Chance sein. Halten wir zusammen. Weihnachten bedeutet für mich Hoffnung und Zuversicht. Ihnen allen und Ihren Familien wünsche ich ein frohes und gesegnetes Weihnachtsfest, einen guten Rutsch ins neue Jahr. Gute Lektüre

Ihr/Euer

Bernd Rützel

3

Preisbremse auch für Öl & Pellets

4

1 Jahr A&S-Ausschuss-Vorsitzender

KLARTEXT

ZUVERSICHT UND FORTSCHRITT

Unser Koalitionsvertrag hat die Überschrift „Mehr Fortschritt wagen" – angelehnt an ein berühmtes Willy-Brandt-Zitat. Vor einem Jahr, am 08.12.2021, hat die Ampel-Koalition mit der Wahl von Olaf Scholz zum Bundeskanzler die Arbeit aufgenommen. Knapp drei Monate später erlebten wir mit Putins Angriff auf die Ukraine eine Zeitenwende. Die Auswirkungen auf uns, aber vor allem auf die Menschen in der Ukraine, waren und sind enorm.

Obwohl der Wind von vorne bläst, bleibt die Koalition auf Kurs. Sie nimmt die Sorgen der Bürgerinnen und Bürger ernst und übernimmt Verantwortung. Vom ersten Tag an haben Bundesregierung und Bundestag daran gearbeitet, dass wir gut und sicher durch eine schwere Zeit kommen, die den Menschen und der Wirtschaft viel abverlangt. Milliardenschwere Entlastungspakete, vor allem um die Belastungen durch enorm gestiegene Energiepreise abzufedern, der schnelle Umstieg auf erneuerbare Energien und die militärische und humanitäre Unterstützung der Ukraine sind Basis dieser Maßnahmen.

Neben der Krisenbewältigung und Hilfen in akuten Notsituationen hat die Bundesregierung das, wofür sie vor einem Jahr antrat — die Gestaltung der Zukunft — nicht aus den Augen verloren. Die SPD konnte dabei für uns zentrale Projekte umsetzen: So haben wir z.B. den Mindestlohn erhöht, §219a StGB abgeschafft, Kinder- und Wohngeld angehoben und erweitert, viele Steuererleichterungen für kleine und mittlere Unternehmen umgesetzt und uns mit dem Bürgergeld von Hartz IV verabschiedet. Insgesamt wurden in diesem ersten Jahr schon mehr als 100 Gesetze auf den Weg gebracht (s.u.).

Krisen haben auch frühere Generationen schon bewältigt. Der Umgang mit Corona hat gezeigt, dass unsere Zivilgesellschaft und der Staat stark genug sind, um Herausforderungen zu überwinden. Lasst uns nicht mutlos werden und mit Zuversicht in die Zukunft blicken. Auch das stärkt den Zusammenhalt.

POLITIK FÜR DIE WESTENTASCHE

1 JAHR AMPEL-KOALITION: ERFOLGE IN SCHWIERIGEN ZEITEN

• Die Bilanz des ersten Jahres der Ampel-Koalition aus Sicht der SPD-Bundestagsfraktion kann man auf der Homepage der Fraktion nachlesen.

• Seit Dezember ist auch ein neues Informationsangebot der Bundesregierung online: der Regierungsmonitor. Dort kann die Umsetzung der wichtigsten Maßnahmen aus dem Koalitionsvertrag, aber auch weiterer Vorhaben, tagesaktuell verfolgt werden. Man kann sich somit schnell einen Überblick über den Stand einer Maßnahme verschaffen und weitere Informationen der federführenden Ministerien abrufen: www.bundesregierung.de/regierungsmonitor

moses | pixabay

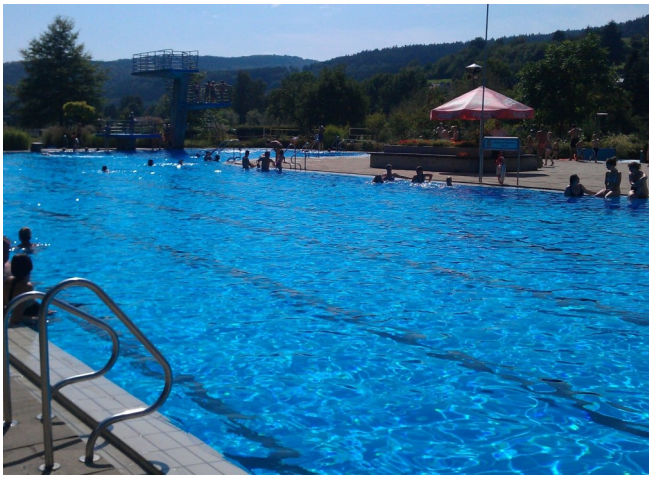
PREISBREMSE

AUCH FÜR ÖL & PELLETS

Viele haben mir geschrieben, dass sie mit ihrer Öl- oder Pelletsheizung im Rahmen der Strom- und Gaspreisbremsen leer ausgehen. Die SPD-Fraktion hat versprochen, dass sie sich im parlamentarischen Verfahren für eine Lösung einsetzen wird. Und das ist uns gelungen: Neben Gas und Strom sorgen wir jetzt auch für Hilfen bei Öl- und Pelletheizungen sowie bei Briketts und Flüssiggas.

Wessen Rechnung sich 2022 (Stichtag 1.12.) im Vergleich zum Referenzwert X mehr als verdoppelt hat und dabei die Differenz über 100 Euro liegt (Bagatellgrenze), bekommt 80 Prozent dieser Differenz über der Bagatellgrenze erstattet. Der geeignete Referenzwert wird gerade noch mit dem Statistischen Bundesamt ermittelt. Um die berühmte Villa mit Pool nicht mitzufinanzieren, haben wir eine Obergrenze eingezogen. Privat Haushalte sollen maximal 2.000 Euro erstattet bekommen.

Für diese Hilfen stellt der Bund den Ländern 1,8 Milliarden Euro zur Verfügung. Die sind auch für die Auszahlung zuständig. Das Ganze muss jetzt in den nächsten Wochen noch in eine gemeinsame Vereinbarung mit den Bundesländern gegossen werden.



Ralf Knüttel

2,475 MIO

FÜR SCHWIMMBAD BURGSINN

Über Parteigrenzen hinweg habe ich mich mit meinen Ampel-Kollegen Karsten Klein und Niklas Wagener dafür eingesetzt, dass der Bund das Schwimmbad Burgsinn in sein Förderprogramm „Sanierung kommunaler Einrichtungen in den Bereichen Sport, Jugend und Kultur" aufnimmt. Unser Einsatz hat sich gelohnt: Burgsinn erhält für die Sanierung Bundesmittel in Höhe von 2,475 Mio. Euro.

Nach 50 Jahren muss hier dringend saniert werden. Die Gemeinde kann das alleine nicht stemmen. Deshalb bin ich froh, dass der Bund Sport- und Begegnungsstätten und mit ihnen den sozialen Zusammenhalt vor Ort unterstützt. Gerade für kleine Kommunen sind Investitionen in Sport-, Jugend- und Kulturstätten oft ein kaum oder nicht stemmbarer finanzieller Kraftakt. Deshalb ist es richtig und wichtig, dass der Bund hier mit seinem Förderprogramm unter die Arme greift.

Tausende Gäste im Jahr belegen die Bedeutung des Freibades über die Gemeinde Burgsinn hinaus. Es ist mir ein persönliches Anliegen, solche gesellschaftlichen Treffpunkte zu unterstützen.

Werner Schüring

A&S

EIN JAHR AUSSCHUSS-VORSITZ

Ein Viertel der 20. Wahlperiode ist bereits vergangen. Ein Grund, auf das erste Jahr als Vorsitzender des Ausschusses Arbeit und Soziales zurückzublicken. In 34 Sitzungen haben wir viele Themen besprochen und Gesetze beraten. Man kann sich das wie einen Eisberg vorstellen. Ein kleines Stück schaut über der Wasseroberfläche heraus und ist sichtbar. Das kann man mit den Debatten im Plenum des Deutschen Bundestages vergleichen. Das weitaus größere Stück des Eisberges ist unterhalb der Wasseroberfläche und wird erstmal nicht gesehen. Das ist die Arbeit in den Ausschüssen.

Ein so enormes Arbeitspensum kann nur geleistet werden, wenn sich die Mitglieder einer Fraktion aufeinander verlassen können. Es gibt für jedes Vorhaben eine Fachfrau oder einen Fachmann. Das nennt man hier Berichterstatter (BE). Sie sind die Fachleute, die jedes Komma und jeden Spiegelstrich einer Vorlage in und auswendig kennen müssen. Sie führen viele Dutzend Gespräche. Uns als SPD-Fraktion zeichnet aus, dass wir nicht futterneidisch auf andere sind. Wir können gönnen. In anderen Fraktionen bin ich nicht so tief drinnen, ich hoffe aber das Gleiche.

Im Ausschuss selber kann ich bescheinigen, dass wir ordentlich und gut miteinander umgehen. Manchmal wird es lauter, aber es geht ja auch um viel und da ist es wichtig, dass alle Informationen und Meinungen ausgetauscht werden.

Als Vorsitzender des Ausschusses für Arbeit und Soziales habe ich neben meinem Abgeordnetenbüro mit meinen beiden wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen, die seit 2013 bei mir sind, neun weitere Mitarbeitende, die bei der Verwaltung des Deutschen Bundestages angestellt sind. Die Ausschusssitzungen müssen gut vorbereitet werden, weil die Abläufe entscheidend für ein rechtmäßiges Gesetzgebungsverfahren sind, und Protokolle, manchmal auch Wortprotokolle sind anzufertigen. Alle Angestellte im Ausschusssekretariat sind exzellente Fachleute mit oftmals jahrzehntelanger Erfahrung.

Im Ausschusssekretariat und in meinem Abgeordnetenbüro rufen zahlreiche Bürgerinnen und Bürger an und schildern uns ihre Sorgen und oder schreiben E-Mails. Das muss alles bearbeitet werden. Mein Bundestagsbüro und das Ausschusssekretariat liegen gleich nebeneinander. Dadurch sind die Wege extrem kurz und die Vernetzung sehr gut. Ich bin eigentlich täglich gegen 7 Uhr im Büro, wenn es spät wird ist es halb 8, und bin oft nicht der erste. Die Tage in den Sitzungswochen sind lang, oft arbeiten wir spät in den Abend.

Der Ausschuss Arbeit und Soziales verreist im Jahr bis zu dreimal. Das sind immer Delegationen, die aus acht Mitgliedern gebildet werden. In diesem Jahr besuchte der Ausschuss Kanada (Themen: Einwanderungsgesetz, Migration/Integration in den Arbeitsmarkt, Auswirkungen des Einsatzes von Künstlicher Intelligenz auf die Arbeitswelt/Mitbestimmung),

Norwegen und Schweden (Behindertenpolitik, Rente) und Österreich (Bildungskarenz, Rente). Diese Reisen müssen gut vorbereitet werden und die Erkenntnisse in die Arbeit des Ausschusses einfließen. Auch der Ausschuss empfängt immer wieder hochrangige Gäste aus dem Ausland. Das sind dann stets zusätzliche Termine außerhalb der Ausschusssitzungen.

Neben den 50 Mitgliedern des Ausschusses für Arbeit und Soziales nehmen an den Sitzungen deren wissenschaftlichen Mitarbeitenden sowie die Vertreterinnen und Vertreter der Bundesländer und des Ministeriums teil. Eine Ausschusssitzung ist damit über 150 Personen stark. Wir sind der größte Ausschuss des Deutschen Bundestages und tagen im Europasaal, dem größten Sitzungssaal des Deutschen Bundestages nach dem Plenarsaal. Für jeden Tagesordnungspunkt sind bestimmte Beratungszeiten und der Fraktionsstärke entsprechende Redezeiten festgelegt, die durch einen Timer kontrolliert werden. Wird überzogen, wird die Zeit in der nächsten Runde abgezogen. Gut strukturiert sein, enge Grenzen ziehen und es auch mal laufen lassen ist für die Sitzungsleitung wichtig. Es muss gerecht zugehen, keine Fraktion darf zu kurz kommen. Ich würde von mir behaupten, dass ich das ganz gut hinbekomme, aber es ist auch ganz schön anstrengend und nach 3 1/2 Stunden bin ich erstmal platt und brauche eine kurze Pause. Danach geht es weiter, mit den Aufgaben als Abgeordneter und Ausschussvorsitzender — dann beginnt das Zweite Drittel würde man im Eishockey sagen.

Ich bin dankbar, dass ich vor einem Jahr zum Vorsitzenden des Ausschusses für Arbeit und Soziales gewählt wurde und freue mich auf die weitere Arbeit für die Menschen in unserem Land.

www.bundestag.de/arbeit

SPD-Bundestagsfraktion

KEINE GEWALT

FRAUEN SCHÜTZEN

Der Internationale Tag zur Beseitigung von Gewalt gegen Frauen („Orange Day") ist ein am 25. November jährlich abgehaltener Gedenk- und Aktionstag zur Bekämpfung von Diskriminierung und Gewalt jeder Form gegenüber Frauen und Mädchen. Die SPD-Bundestagsfraktion hat hier mit ihrer Fotoaktion ein Zeichen gesetzt. Doch dabei wollen wir es nicht belassen, wir werden auch:

- das Strafrecht konkretisieren und geschlechtsspezifische Tatmotive ausdrücklich in die Liste menschenverachtender Tatmotive aufnehmen, was letztlich zu einer Verschärfung der Strafe führt,
- einen bundeseinheitlichen Rechtsrahmen für eine verlässliche Finanzierung von Frauenhäusern sicherstellen und das Hilfesystem bedarfsgerecht ausbauen,
- die Gewaltprävention und die Rechte der Betroffenen deutlich verbessern.

Die Beseitigung geschlechtsspezifischer Gewalt sowie der Schutz und die Unterstützung der Betroffenen gehören auf der politischen Agenda weiter nach ganz oben. Dafür machen wir uns stark.

Büro Dirk Wiese

UNTERWEGS

IM SAUERLAND

Als Vorsitzender des Ausschusses für Arbeit und Soziales bin ich in dieser Wahlperiode noch mehr als zuvor bei Kolleginnen und Kollegen in ganz Deutschland unterwegs — so wie Anfang Dezember bei Dirk Wiese. Bei der AWO Hochsauerland/Soest haben wir über Rentenpolitik diskutiert. In Meschede war ich Gast-Referent bei seinem Betriebsräte-Stammtisch: Mitbestimmung, Rente, Mindestlohn, Mini-Midijobs, Arbeitszeiterfassung und Kurzarbeitergeld waren die Themen. Und zum Abschluss meiner Sauerland-Reise besuchte ich meinen Kollegen Carlo Cronenberg in seinem Unternehmen. Jahrhundertelang haben sie hier auf dem Sophienhammer Sensen hergestellt.

Büro Carlo Cronenberg

Gerd Altmann | pixabay

ENERGIE

GUT DURCH DEN WINTER KOMMEN

Seit Putins Angriff auf die Ukraine befinden wir uns im Ausnahmezustand. Russland benutzt Energie als Waffe. Wir tun alles dafür, dass Energie bezahlbar bleibt und alle gut durch den Winter kommen. Mit Preisbremsen für Strom und Gas und drei Entlastungspaketen federn wir die steigenden Energiekosten und die Folgen für Verbraucherinnen und Verbraucher sowie für Unternehmen ab:

Wir senken die Energiepreise mit einem Abwehrschirm gegen steigende Energiepreise in Höhe von 200 Milliarden Euro.

Wir unterstützen die Bürgerinnen und Bürger dabei, die steigenden Kosten zu bewältigen. Wir werden jenen am meisten helfen, die die größte Unterstützung benötigen.

Wir sichern Arbeitsplätze, indem wir Unternehmen bei den Energiekosten helfen. So sorgen wir dafür, Arbeitsplätze auch in schwierigen Zeiten zu erhalten.

Mehr Infos hierzu:

ENERGIE: SO KOMMEN WIR DURCH DEN WINTER

IG BCE

MANNHEIM

IGBCE-BETRIEBSVERSAMMLUNG

Vielen Dank für die Einladung und den guten Austausch an die Betriebsrätevollversammlung IGBCE Mannheim. Hand in Hand mit den Gewerkschaften kämpfen wir dafür, dass Beschäftigte eine starke Stimme haben. Auf weiter gute Zusammenarbeit!

Büro Rützel

LEBENSHILFE

WEIHNACHTEN IM BUNDESTAG

Eine schöne Tradition: Die Lebenshilfe schmückt unser Bürogebäude nicht nur mit einem schönen Baum, sondern sorgt mit Musik für besinnliche Momente.

Susanne Pfeffer-Waldhäuser

IN BRÜSSEL

MIT DER AG ARBEIT & SOZIALES

Leider macht Brüssel derzeit negative Schlagzeilen. Wenige Tage bevor die Bestechungsvorwürfe gegen eine Vizepräsidentin des Europäischen Parlaments und weitere Personen öffentlich wurden, habe ich mit der AG Arbeit und Soziales der SPD-Bundestagsfraktion Brüssel besucht.

Mir hat die Reise einmal mehr klar gemacht, dass wir viel europäischer denken müssen. Denn viele Themen, die wir in Berlin auf der Agenda haben, werden zeitgleich, davor oder danach auch in Brüssel verhandelt – z.B. das Lieferkettengesetz, das wir nach harten Verhandlungen in der vergangenen Legislaturperiode in Deutschland verabschiedet haben. Deshalb ist der regelmäßige Austausch so wichtig. Wir waren knapp zwei Tage vor Ort und haben viele Gespräche geführt, u.a. mit den Kolleginnen und Kollegen im EU-Büro des DGB bzw. EGB und der IG Metall, mit der Vorsitzenden des Internationalen Mieterbundes, mit der Stellvertretenden Ständigen Vertreterin Deutschlands bei der EU, Helen Winter, sowie mit Mitgliedern des Europäischen Parlaments und dem EU-Kommissar für Beschäftigung und Soziale Angelegenheiten Nicolas Schmit.

55 MIO. EURO

FÜR KINDER UND JUGENDLICHE

55 Millionen Euro stellt der Bund 2023 zur Verfügung, um Kinder und Jugendliche und ihre Wünsche und Bedürfnisse zu fördern. Vor Ort, dort wo das Leben sich abspielt, können sie ihre Ideen und Vorschläge mit Hilfe von Bundesförderung realisieren.

Kinder mussten in den letzten Jahren viel zu oft zurückstehen und im Alltag auf vieles verzichten. Wir wollen den Fokus wieder auf sie richten Angebote in den Kommunen unterstützen, die von den Kindern und Jugendlichen selbst vorgeschlagen werden. Das Zukunftspaket für Bewegung, Kultur und Gesundheit soll mit und für junge Menschen Ideen umsetzen, es soll sie motivieren sich aktiv zu beteiligen und ihr Umfeld zu gestalten.

Wir wollen, dass Kinder und Jugendliche mit Hoffnung und Mut in die Zukunft blicken, egal wo sie herkommen, wie sie wohnen oder welche Stärken sie mitbringen.

Was sie dafür vor Ort brauchen, wissen sie selbst am allerbesten: Ob Festivals, Sportturniere, Begegnungsräume oder mobile Tischtennisplatte – alles was junge Menschen in Bewegung bringt, ihnen kulturelle Begegnungen ermöglicht oder die Gesundheit fördert und so hilft, die Belastungen der letzten Jahre zu verarbeiten, kann gefördert werden.

Auch Kommunen können über das „Zukunftspaket für Bewegung, Kultur und Gesundheit" gefördert werden, um gemeinsam mit Kindern und Jugendlichen Angebote zu planen und umzusetzen.

Eine kostenlose Hotline, bei der Kinder und Jugendliche oder sie unterstützende Kommunen und Organisationen erste Informationen erhalten, wurde bereits eingerichtet (Tel. 0800-6647766). Ab Januar 2023 beantwortet dann das Team der Deutschen Kinder- und Jugendstiftung Fragen von Kindern und Jugendlichen. Und ab Februar 2023 können die Projektmittel beantragt werden.

Alle Informationen zum Programm und zu den Hilfsangeboten bei der Antragstellung gibt es auf www.das-zukunftspaket.de.

Und noch eine gute Nachricht für Familien mit Kindern: Wir erhöhen das Kindergeld auf einheitlich 250 Euro pro Kind! Die Erhöhung tritt zum 1. Januar 2023 in Kraft. Die bisherige Staffelung nach Kinderzahl fällt damit weg. Für jedes Kind gibt es künftig 250 Euro!

Büro Rützel

BETRIEBSRÄTE

IN BERLIN

Zum 25. Mal hat die SPD-Bundestagsfraktion im Berliner Reichstag eine Konferenz für alle Beschäftigtenvertretungen organisiert. Eingeladen waren Mitglieder von Betriebs- und Personalräten genauso wie von Jugend- und Schwerbehindertenvertretungen.

Fünf Betriebs- und Personalräte aus der Region sind meiner der Einladung nach Berlin gefolgt, weitere Vertreter verfolgten die Konferenz digital. Insgesamt nahmen rund 120 Vertreterinnen und Vertreter aus ganz Deutschland in Berlin teil.

Im Berliner Reichstagsgebäude durfte ich Harald Merz (Betriebsratsvorsitzender Gerresheimer Lohr GmbH), Clemens Fries (Betriebsratsvorsitzender De-Longhi Braun Household GmbH), Matthias Günther (Betriebsratsvorsitzender Warema Kunststofftechnik und Maschinenbau GmbH in Marktheidenfeld), Bernhard Egert (2. stellv. Vorsitzender Personalrat des BRK Main-Spessart) und Alexander Thauer (Betriebsratsvorsitzender Warema Renkhoff SE) begrüßen.

Da sich die Wirtschafts- und Arbeitswelt in der größten Transformation seit Beginn der Industrialisierung befindet, stand die Konferenz unter dem Motto „Transformation in besonderen Zeiten – Wie können Umbau und Beschäftigungssicherung gelingen?". Aktuell wird die „Klimatransformation" von einer durch den russischen Angriffskrieg ausgelösten Energiekrise überschattet, die für große Unsicherheiten sorgt und viele Betriebe vor immense Herausforderungen stellt. Diese Herausforderungen wurden unter anderem mit dem SPD-Fraktionsvorsitzenden Rolf Mützenich und dem Bundesminister für Arbeit und Soziales Hubertus Heil diskutiert.

Wir müssen beides im Auge behalten: Die Schwierigkeiten für Betriebe und Beschäftigte in der akuten Energiekrise, aber auch die langfristige Perspektive des industriellen Umbaus im Zeichen von Klimaneutralität und Digitalisierung. Damit uns dies gelingen kann, müssen wir eng mit den Praktikerinnen und Praktikern vor Ort zusammenarbeiten. Insofern ist unser Austausch auch ein Frühwarnsystem für aktuelle Probleme und Herausforderungen.

Gundula Vogel | pixabay

CHANCEN

FÜR GUT INTEGRIERTE AUSLÄNDER

So kennt man es bisher: Sie leben seit Jahren fest in Deutschland, haben eine feste Arbeit, zahlen Steuern, sorgen sich selbstständig um ihren Unterhalt und ihre Wohnung, sind aktiv in örtlichen Vereinen und engagiert in Nachbarschaftshilfen … – und werden dann in Nacht– und Nebelaktionen abgeschoben.

Die Rede ist von gut integrierten Ausländern, die schon mehrere Jahre ohne gesicherten Status (Duldung) in Deutschland leben. Ihnen bieten wir mit dem neuen Chancenaufenthaltsrecht jetzt endlich eine Perspektive. Und das ist der Kern des Gesetzes:

- Wer zum Stichtag 31. Oktober 2022 fünf Jahre im Land lebt und nicht straffällig geworden ist, soll 18 Monate Zeit bekommen, um die Voraussetzungen für einen langfristigen Aufenthalt zu erfüllen. Dazu gehören etwa Deutschkenntnisse und die Sicherung des eigenen Lebensunterhalts.

- Erfüllen die betroffenen die Betroffenen die Voraussetzungen innerhalb der 18 Monate nicht, fallen sie in den Status der Duldung zurück.

- Straftäter und Menschen, die ihre Abschiebung aufgrund von wiederholten, vorsätzlichen und eigenen Falschangaben oder aktiver Identitätstäuschung verhindern, sind von diesen Verbesserungen ausgeschlossen.

Auch ich wurde immer wieder auf die bisher geltende Praxis angesprochen und um Hilfe gebeten, denn auch in unserer Region gibt es zahlreiche Beispiele für diese Praxis. Nicht zuletzt hatten sich häufig Arbeitgeber etwa aus dem Handwerk oder der Pflege an mich gewendet, die durch die bisher gängige Praxis (gerade in Bayern) immer wieder eine wertvolle Arbeitskraft verloren haben.

Das beenden wir jetzt und auch die Unsicherheit vieler geduldeter Menschen, die sich von einer Duldung zu nächsten hangeln.

Beschlossen haben wir zudem das Gesetz zur Beschleunigung der Asylverfahren. Dies schafft schnellere und weniger bürokratische Asylverfahren. Damit entlasten wir auch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, indem die Regelüberprüfung von Asylbescheiden gestrichen wurde. Widerrufs- und Rücknahmeverfahren wird es zukünftig nur noch anlassbezogen geben.

Das Chancenaufenthaltsrecht wird die Lebenswirklichkeit von vielen tausenden Menschen in Deutschland verbessern, die schon längst Teil unserer Gesellschaft sind. Anstelle von Unsicherheit, die der Status der Duldung mit sich bringt, eröffnen wir ihnen Perspektiven, lassen sie ihren Lebensunterhalt selbst bestreiten und geben ihnen das Gefühl, dazuzugehören. Das ist nicht nur für die Betroffenen eine echte Chance, sondern ein Gewinn für die gesamte Gesellschaft.

GASTBEITRAG

VON MDL MARTINA FEHLNER

Büro Martina Fehlner

Landtagsabgeordnete
für Aschaffenburg-West

Betreuungsabgeordnete für AB-Ost,
Main-Spessart und Miltenberg

Tourismus-, Medien- und Forstpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

Zeitenwende heißt das Wort des Jahres 2022. Der von Bundeskanzler Olaf Scholz geprägte Begriff beschreibt die tiefe Zäsur, die der russische Angriffskrieg auf einen souveränen Staat in die europäische und globale Friedensordnung geschlagen hat.

Es sind erschütternde Bilder, die uns täglich aus der Ukraine erreichen. Die entfesselte Gewalt, die Kriegsverbrechen, die gezielte Zerstörung der Infrastruktur, all das macht sprachlos. Wir in Europa wähnten uns nach dem Ende des Kalten Krieges in Frieden und Sicherheit. Diese scheinbare Gewissheit hat sich abrupt aufgelöst und ist einer beunruhigenden Unsicherheit gewichen.

Die Folgen des Krieges spüren wir auch im Alltag: Weil Russland etwa als Kohle-, Gas- und Öllieferant ausfiel, musste unser Land seine Energiepolitik innerhalb weniger Monate grundlegend umkrempeln. Wegen der massiv gestiegenen Energiepreise hat die Bundesregierung zahlreiche Entlastungspakete auf den Weg gebracht, damit die Menschen auch im Winter ihre Strom- und Heizungsrechnungen begleichen können. Und wie bereits im Jahr 2015 geht es nun darum, den Zustrom an Geflüchteten – übrigens längst nicht nur aus der Ukraine, sondern verstärkt auch wieder aus der Türkei und Afghanistan – zu bewältigen. Auch die anderen weltweiten Krisen, nicht zuletzt im Iran, sie reißen nicht ab.

Dabei sind dieses und die nächsten Jahre entscheidend, um eine „Zeitenwende" auf ganz anderen Gebieten einzuleiten: Klimawandel und Artensterben schreiten immer schneller voran und dulden keinen Aufschub mehr im Handeln – wenn wir unsere Lebensgrundlagen erhalten wollen.

Bei allen Krisen und den gewaltigen Herausforderungen sollten wir aber auf keinen Fall eines tun: unsere Zuversicht verlieren. Wir können sehr vieles schaffen und sogar weit über uns hinauswachsen. Wenn wir es wollen. Und wenn wir als Gesellschaft zusammenhalten. Wenn wir versöhnen und nicht spalten. Wenn wir aufeinander zugehen, uns respektieren und uns gegenseitig unterstützen. Niemals dürfen wir zulassen, dass einzelne radikale Gruppen, wie etwa die „Reichsbürger" unsere Gesellschaft auseinandertreiben.

Lassen Sie uns mit Hoffnung ins neue Jahr gehen. Packen wir die Dinge mit Optimismus an. Für uns Abgeordnete im Bayerischen Landtag steht ein spannendes Wahljahr an: Am 8. Oktober 2023 sind Landtagswahlen. Und auch diese können einen wichtigen Schritt hin zu positiver Veränderung markieren.

Nun wünsche ich Ihnen friedliche und besinnliche Weihnachtstage. Kommen Sie gut ins Jahr 2023 und bleiben Sie gesund.

Herzlichst

Ihre Martina Fehlner

Abgeordnetenbüro Martina Fehlner, MdL
Goldbacher Straße 31, 63739 Aschaffenburg
Tel: 06021 22244|Fax: 06021 451604
buergerbuero@martina-fehlner.de